Nummer 105 — Halle, Donnerstag, den 6. Mai 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.40 Reichsmark, durch Zeitungsbotenfrauen ohne Bringerlohn 1.60 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Jeden Tag vormittags. Die Anzeigen werden nach Raumzeilen-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Verlage in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Berechnung. Unverbindliche Anzeigen-Annahme in allen Geschäftsstellen der Allgemeinen Zeitung. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesachsen". Bank-Rechnung: Deutsche Reichsbank Girokonto, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Geschäftsstelle u. Druckerei: Halle

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Schulz, Halle. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hermann Schulz, Halle. Verlag: Saale-Zeitung, Halle. Druck: Hallesche Druckerei, Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Für die dem in Berlin weilenden deutschen Botschafter in Paris, von Hoesch, für die Völkerbundstudienkommission zu gebenden Instruktionen sind von zwei Freistaaten des Reiches besondere Wünsche der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht worden. Herr von Hoesch begibt sich von Berlin aus direkt nach Genf. Ueber die deutschen Vorschläge für Genf hat bisher ein schriftlicher Meinungsaustausch mit den Großmächten nicht stattgefunden.

*

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung, der sich gegen einen Volksentscheid in der Frage der Aufwertung richtet, ist jetzt von den zuständigen Ausschüssen des Reichsrates behandelt und fast einstimmig angenommen worden. Er steht bereits auf der Tagesordnung der Vollsitzung des Reichsrates vom nächsten Donnerstag.

*

Zur Frage des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierung erfahren wir aus parlamentarischen Kreisen, daß mit einem Regierungseintritt der D. V. P. z. Zt. nicht zu rechnen ist.

*

Gemäß Verfügung des preußischen Justizministers soll den Anwärtern der Besoldungsgruppen 2 bis 9, denen in der Justizverwaltung bisher nur während der Dauer eines ihnen übertragenen Geschäftsauftrages eine Besoldung gewährt wurde, nunmehr die den Anwärtern aller anderen preußischen Staatsverwaltungen und der Verwaltungen des Reiches gewährleistete ständige Besoldung zugestanden werden.

*

Die Reichstagsabgeordneten Dr. Korsch und Dr. Schwarz sind aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, weil sie konter-revolutionäre Auffassungen bekundet und sogar eine Reihe organisatorischer Maßnahmen gegen die Partei unternommen hätten. Abg. Dr. Korsch war unter der sozialistisch-kommunistischen Regierung Thüringens Professor an der Universität Jena und vorübergehend auch Justizminister.

*

Nach Berlin ist eine Sondertagung der deutschen Bergarbeiterverbände für kommenden Sonntag einberufen, um zu der Lage in England Stellung zu nehmen. Der „Roten Fahne" zufolge haben die kommunistischen Betriebsräte des Reiches Sammlungen für die englischen Ausständigen beschlossen.

*

Von nationaler Seite wird die Anwesenheit vieler Sowjetrussen in Berlin als auffälliges Moment festgestellt. In letzter Woche haben hunderte von Russen auf der Durchreise nach London Berlin berührt.

*

Dem holländischen „Het Vaterland" zufolge gehen die Verhandlungen mit Deutschland über Abschluß eines ewigen Freundschaftsvertrages in kommender Woche zu Ende. Der Ministerpräsident hat für Sonnabend die Parteiführer der Generalstaaten zu sich berufen, um ihnen Mitteilungen über Inhalt und Zweck des Vertrages zu machen, dem gleiche Verträge der Niederlande auch mit anderen europäischen Mächten folgen sollen.

*

Der „Courant" meldet aus Paris, daß in der Heereskommission der Kammer am Montag Painleve mitteilte, der Krieg in Syrien stehe vor seiner Liquidation. Die aufständigen Drusen seien so gut wie vernichtet. Die überlebenden Stämme verhandeln seit acht Tagen mit dem französischen Oberkommissär, um sich der französischen Schutzherrschaft zu unterwerfen.

*

In der luxemburgischen Kammer wurde eine sozialistische Interpellation gegen italienische Faschistenvereine in Luxemburg eingebracht, die eigene Schulen errichtet haben, in denen der Deutschenhaß gepredigt und nur italienisch, nicht auch deutsch (die luxemburgische Landessprache) gelehrt wird.

*

Der Pariser „Herald" bringt aus Gibraltar eine kuriose Meldung: Hier haben Versammlungen der letzten Tage sich für eine politische Verbindung Gibraltars mit dem spanischen Mutterland erklärt. Der englische Gouverneur hat das „Komitee für Volksabstimmung" in Gibraltar schließen lassen. Vermutlich handelt es sich um einen kommunistischen Hetzversuch.

*

Wie der Mailänder „Corriere della Sera" aus Athen meldet, hat die griechische Regierung die Forderung nach Schutz der griechischen Minderheiten in der Türkei erhoben. Der Schritt bei den Mächten und in Angora erfolgt Anfang kommender Woche gleichzeitig.

Schwarz-weiß-rot neben Schwarz-rot-gold.

Vor einer neuen Flaggenverordnung des Reichspräsidenten.

Es steht eine Verordnung des Reichspräsidenten in Aussicht, die für die Auslandsvertretungen des Reiches vorschreibt, daß bei offiziellen Anlässen neben der schwarz-rot-goldenen Fahne die Handelsflagge gesetzt wird, die bekanntlich die schwarz-weiß-roten Farben mit einer schwarz-rot-goldenen Gösch zeigt. Gleichzeitig sollen die Reichsbehörden zur See, die bisher die schwarz-weiß-roten Farben mit dem Staatswappen führten, die schwarz-rot-goldene Gösch erhalten.

Die Auslandsvertretungen und die Deutschen im Auslande haben diese Regelung befürwortet. Nach Ansicht der Reichsregierung liegt bei dieser Maßnahme eine Verfassungsänderung nicht vor, da die Handelsflagge gesetzlich festgelegt ist und die Bestimmung der Dienstflaggen Sache der Verwaltung ist. Es handele sich also hier um einen Verwaltungsakt, der vom Reichskanzler gegengezeichnet werde.

Das Reichskabinett hat sich einstimmig mit der Verordnung einverstanden erklärt.

Die Stellungnahme der Parteien.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat gegen die beabsichtigte Flaggenverordnung natürlich starke Bedenken. Sie hegt die Befürchtung, daß man darin einen Abbau der Reichsfarben schwarz-rot-gold erblicken könnte. Sie hat in ihrer Sitzung, die nach dem Plenum stattfand, den Fraktionsvorsitzenden Koch beauftragt, dem Reichskanzler von ihrer Meinung Mitteilung zu machen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist in der Flaggenfrage zu dem Entschluß gelangt, daß eine solche Aktion zurzeit nicht als angebracht angesehen werden könne.

Die bayerische Volkspartei hat in ihrer Fraktionssitzung zur Flaggenfrage keinerlei Stellung genommen, denn weder von der Regierung, weder von einer Partei, ist diese Angelegenheit der bayerischen Volkspartei nahegebracht worden. Sie hat also keine Veranlassung gehabt, sich überhaupt damit zu beschäftigen.

Der Abg. Müller-Franken (Soz.), der vom Reichsaußenminister empfangen wurde, wurde von diesem über die Flaggenangelegenheit informiert, er konnte aber für seine Fraktion noch keine Stellung dazu nehmen, da er die Fraktion darüber noch nicht gehört hat.

Die Verordnung wird unter allen Umständen veröffentlicht werden."

In der Zentrumszeitung „Germania" erfährt die angekündigte Verordnung eine scharfe Kritik. Das Blatt schreibt u. a.: „Die neue Flaggenordnung soll angeblich dazu dienen, Beruhigung in der Flaggenfrage wenigstens bei den Auslandsdeutschen zu schaffen, es gibt gute Gründe für die Auffassung, daß diese Beruhigung bei den Deutschen im Auslande nicht eintritt. Dagegen steht es aber außer allem Zweifel, daß diese Flaggenordnung

ein schweres Moment der Beunruhigung in die deutsche Innenpolitik

trägt und unsere ohnehin schon aufs äußerste gespannte innenpolitische Lage in geradezu gefahrdrohender Weise verschärft. Für eine auf schwachen Füßen stehende Minderheitsregierung gehört ein geradezu erstaunlicher Mut dazu, in dem gegenwärtigen kritischen Zeitpunkt ohne einen besonders dringenden Anlaß in das Wespennest der Flaggenfrage zu greifen."

Im Reichstag herrscht Krisenlust.

Das demokratische „Berl. Tageblatt" sagt: „Soll wirklich jetzt in London und Paris und Wien dem Ausland vor Augen geführt werden, daß die Republik ihre Farben nicht zu behaupten weiß, weil es eine Anzahl Auslandsdeutscher gibt, die aus fanatischer Abneigung gegen die Republik auch deren Farbe beschimpft? Will man den Auslandsdeutschen in den Rücken fallen, die treu zu schwarzrotgold gehalten haben? Glaubt man der Würde des deutschen Reiches zu dienen, mit einem Zustand, angesichts dessen die fremden Staaten überhaupt nicht mehr wissen, welche Fahne als amtliche Flagge des deutschen Reiches anzusehen ist?

Das genannte Blatt teilt ferner mit, daß das Reichsbanner Schwarzrotgold heute abend auf dem Gendarmenmarkt in Berlin eine große Kundgebung gegen die Pläne in der Flaggenfrage veranstalten wird.

Der sozialistische „Vorwärts", der seine Ausführungen mit den Worten unterstreicht: „Ein Schlag gegen Schwarzrotgold" sagt: Die neue Flaggenverordnung ist nach außen eine Schädigung der deutschen Interessen und nach innen eine Herausforderung der republikanisch gesinnten Bevölkerung.

*

Das deutsche Volk ist in der Flaggenfrage in zwei nahezu gleichgroße Lager gespalten. Irgendeine Aussicht, die Schwarzweißroten für ihre Farben zu gewinnen, besteht für die Schwarzrotgoldenen nicht. Ist es da nicht die verständigste, weil beiden Teilen gerechtwerdende Lösung, die Farben nebeneinander zu führen? Zum mindesten im Ausland, demgegenüber, ob schwarzweißrot und schwarzrotgold gesinnt, doch alle nur Deutsche sein wollen und sein sollen, und von dem auch die, die es nicht wollen, ja doch schon auf Kilometerentfernung als Deutsche erkannt und dementsprechend als Deutsche behandelt werden. Daß die amtliche schwarzweißrote Seeflagge mit dem Staatswappen künftig ebenfalls mit schwarzrotgoldenem Goesch erscheint, ist der beste Beweis, daß kein Attentat der Regierung auf die Farben der Republik geplant ist, wie das ja bei Hindenburg auch ganz selbstverständlich ist. Das Gelärme der Linken ist daher ganz unberechtigt und macht nur den üblen Eindruck, als wolle man auch diese der verständigen und gerechten Aussöhnung innerer Gegensätze dienende und dabei ganz harmlose Neuregelung aus Parteigründen zur Verschärfung der Gegensätze und damit zum Schaden der Gesamtheit verwenden. Diese Parteien der Unruhe und Verhetzung graben sich nur ihr eigenes Grab, wenn sie immer wieder ihre Parteiinteressen gegen die Interessen des Gesamtvolkes ausspielen.

Pressestimmen zur Flaggen-Verordnung.

Die angekündigte Flaggenverordnung wird von der deutschnationalen und der volksparteilichen Presse lebhaft begrüßt:

Die „Deutsche Zeitung" schreibt: Die Notwendigkeit, die Verordnung erst noch begründen zu wollen, erübrigt sich, sie hängt sachlich und zeitlich offensichtlich zusammen mit dem Besuch Hindenburgs in Hamburg, wo man weiß, was für die deutsche Haltung im Auslande förderlich ist. Auch im „Lokalanzeiger" heißt es: Besonders aus Hamburger Handelskreisen war die Anregung zu der Aenderung in der Flaggenfrage an die Reichsregierung gerichtet worden. — In der „Tägl. Rundschau" wird ausgeführt: „Es war sicher kein Zufall, daß die großen Handelshäuser in Hamburg gestern bei dem Besuche des Reichspräsidenten die Handelsflagge gehißt hatten,

die Herstellung einer deutschen Einheitsfront im Auslande,

der die neue Verordnung dient, liegt im dringenden Interesse des deutschen Reiches. Und wenn der Reichspräsident einen Schritt tut, um in der Flaggenfrage eine Einheitlichkeit des Auftretens zu schaffen, so sollte dies wahrlich nicht Gegenstand eines kleinlichen inneren Parteizwistes sein.

Die Fürstenfrage.

Ablehnung sämtlicher Parteianträge. — Der Regierungsentwurf als letzter Ausweg.

In der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstags wurde der sozialdemokratisch-kommunistische Gesetzentwurf des Volksentscheids auf entschädigungslose Enteignung mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch der demokratische Aenderungsantrag, für den nur die Demokraten stimmten.

Ferner wurde mit 21 gegen 6 Stimmen abgelehnt der Abänderungsgesetzentwurf des Zentrums. Es bleibt in der Frage der Fürstenabfindung jetzt nur noch der Regierungsentwurf übrig, der erst dem Plenum vorgelegt werden muß, nachdem der Reichsrat ihn erledigt hat.

*

Dienstag mittag hat der preußische Ministerpräsident Braun die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei sich empfangen. Der Ministerpräsident hat die Zustimmung Preußens zu dem Regierungsentwurf der Fürstenabfindung bekanntgegeben und der Reichstagsfraktion die Unterstützung des Regierungskompromisses nahegelegt.

Die neueste Revolution.

Es wäre naiv, in dem jetzigen englischen Generalstreik nur einen Kampf um die Arbeitsbedingungen und nicht einen Kampf um die politische Macht, nur einen ganz gewöhnlichen unpolitischen Streik zu sehen. Es ist die seit langem erwartete englische Revolution. Sie hat ganz besondere Eigenarten, die durch einen Vergleich mit den verschiedenen Revolutionen der Neuzeit kurz beleuchtet seien.

Die erste war die „große" französische Revolution. Dort tauchten die Gedanken von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zum ersten Male als Massenantriebe und Massenschlagworte auf. Die Revolution hielt sich in erstaunlichem Maße von privatem Eigennutz frei, vernichtete die französische Kultur bis auf die illegitimen Reste, von denen Frankreich heute noch zehrt, und endete in der Diktatur und den ungeheuren Kriegen Napoleons. Seitdem herrscht in Frankreich statt des Adels und der Kultur das Bürgertum und das Geld, die Masse hat sich dank dem lebensfrohen Temperament der Franzosen mit der Unfreiheit, Ungleichheit und Unbrüderlichkeit im Wesentlichen abgefunden, die Revolution ist bis auf weiteres erloschen.

In Deutschland und der Donaumonarchie war es zunächst zu eigentlichen Revolutionen nicht gekommen, weil die Hauptziele der französischen Revolution, insbesondere Aufhebung der Leibeigenschaft, im Verwaltungswege bewilligt wurden. Die Revolution von 1848 baute sich daher schon auf einem viel freiheitlicheren Grunde. Sie war im übrigen sehr zwiespältiger Natur, indem sie einerseits eine Bewegung des liberalen Bürgertums, insbesondere der studierten und geistig interessierten Kreise, mit ganz besonders gearteten und teilweise recht verschiedenen kulturellen und politischen Ideen war (Republik, Volkskaisertum), und andererseits eine der französischen Revolution verwandte Volksbewegung ganz anderer Art mit stark kommunistischem Einschlag, aber ohne kommunistisches Programm. Sie wurde teils mit Gewalt, teils durch Nachgeben unterdrückt und lief in abgemandelter, ins Staatsinteresse eingefügter Form, aber doch auch wieder ähnlich der französischen Revolution aus in die Kriege von 1864, 1866, 1870/71 mit einem immer tiefer im Volke verankerten Erbkaisertum.

Dann folgte die russische Revolution des Weltkrieges mit der nicht zur vollen Entwicklung gelangten Vorrevolution nach dem verlorenen russisch-japanischen Kriege. Diese russische Revolution ist ihrer Entstehung nach etwas ganz anderes als die französische und die 48er Revolution, denn sie ist die Folge des Zusammenbruchs der bisherigen Staatsorganisation durch die Kriegsniederlage. Dabei nahm sie einen der französischen entsprechenden Anfangsverlauf: Vernichtung des Adels, der Beamtenschicht und der Kultur, und Aufrichtung der Militärdiktatur. Ob sie wirklich abgeschlossen ist und also einen gewissen Dauerzustand geschaffen hat, läßt sich heute noch nicht sagen. Soviel steht fest, daß sie noch keinen napoleonischen Kriegs- und Angriffsgeist im Volke ausgelöst hat, daß sie andererseits aber bisher auch nicht, wie die französische, mit einem Sieg des Bürgertums und des Geldes geendet hat.

Die „große" deutsche Revolution ist wie die russische eine Kriegsfolge, also anders als die französische und die 48er aus einer äußeren Zwangslage heraus geboren; ihrem inneren Wesen nach eine Fortsetzung der 48er Revolution. Zum Unterschied von der russischen und französischen führte sie nicht zur Vernichtung der bisher leitenden Schichten, führte auch nicht wie die französische und letzten Endes auch die 48er zum Kriege, und endete bisher mit einem Kompromiß zwischen der eigentlichen revolutionären Schicht und dem liberalen Bürgertum, also darin ähnlich der französischen Revolution, in der, wie wir sahen, Bürgertum und Geld siegten. Die weitere Entwicklung ist ähnlich ungewiß wie in Rußland, wenngleich der große Unterschied des Kulturdurchschnitts beider Völker ein ganz anderes Endergebnis wahrscheinlich macht.

Die nächste Revolution war die italienische. Auch sie ist eine Kriegsfolge. Aber wieder mit ganz anderem Verlauf als die russische und neudeutsche. Ohne die blutigen Wege der französischen und russischen Revolution zu nehmen, führte sie wie in Frankreich und Rußland zur Militärdiktatur. Auch ihre künftige Entwicklung ist ungewiß. Zum Unterschied von der russischen hat sie einen stark offensiven Geist ähnlich der französischen entwickelt; ob er zum Ausbruch und vollends zu napoleonischen Erfolgen führt, ist unvorhersehbar, hinsichtlich der Erfolge sehr unwahrscheinlich. Im weiteren Verlauf wird man wohl schon jetzt einen Sieg des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260506012/fragment/page=0001

Bürgertums und des Geldes wie bei der französischen Revolution vermuten können mit einem gewissen Kompromiß zwischen liberalen und revolutionären Elementen ähnlich wie bis jetzt in Deutschland, allerdings unter stärkster Abkehr vom Internationalismus, also insgesamt doch sehr ähnlich dem Endergebnis der französischen Revolution.

Seit dem 1. Mai 1926 haben wir nun eine neue Revolution: die englische. Sie ähnelt der 48er Revolution darin, daß sie nicht, wie alle anderen, eine direkte Folge eines unglücklichen Krieges ist, und daß in ihr bürgerlicher Liberalismus (der Laborparty und Gewerkschaften) und Kommunismus sich mischen. Ihre Besonderheit bekommt sie dadurch, daß sie anders als alle neuzeitlichen Revolutionen wesentlich durch wirtschaftliche Ursachen bedingt ist. Denn wenn man den englischen Revolutionären den gewünschten Lohn gegeben hätte, wäre es ebensowenig zur Revolution gekommen wie vor einem Jahr, wo man sich die Revolutionäre einfach mit den Silberlingen der Kohlensubvention kaufte. Man könnte sie also eine „Revolution auf Abzahlung" nennen.

Spielen demnach ideelle Momente in dieser Revolution keine entscheidende Rolle, so ist sie deshalb nicht minder gefährlich. Denn man kauft diesmal sich — vorläufig — die englischen Revolutionäre nur deshalb nicht, weil die eigentliche Revolutionsursache, die beginnende Verarmung und Existenzgefährdung des englischen Volkes, dadurch nicht beseitigt würde und weil man in England Politik zu machen pflegt, d. h. Arbeiten auf lange Sicht. Wenn die Revolution jetzt noch einmal niedergekauft würde, so wäre das wieder nur ein Hinausschieben, bis die Revolution dann doch schließlich käme. Da mag es schon richtiger sein, sie durchzukämpfen.

Bei diesem Kampf geht es zum Unterschied von den anderen Revolutionen in Wirklichkeit gar nicht gegen die Revolutionäre, sondern für das ganze Volk und für die Revolutionäre selber gegen das Sinken der englischen Existenzmöglichkeiten, gegen die englische Wirtschaftskrisis. Die Revolutionäre drohen das Schiff zu zerstören, das sie mitsamt allen übrigen Engländern über Wasser hält, und die Regierung will das Schiff retten und wieder flott machen. Dabei weiß die Regierung, daß es wirklich um die Existenz des englischen Weltreiches und damit des englischen Volkes geht. Denn ein Sieg der Revolutionäre würde schwerlich zu einer Militärdiktatur wie in Sowjetrußland, sondern zur Zerstörung der englischen Militärmacht führen. Das würde den sofortigen Zerfall des englischen Kolonialreiches und damit die Existenzlosigkeit des schon mit seinem Kolonialreich immer schlechter existenzfähigen englischen Volkes bedeuten. Ein abgerüstetes England wäre ein verhungerndes England.

Man wird daher mit außerordentlich energischen Mitteln zur Unterdrückung der englischen Revolution rechnen müssen, und die Regierung war außerordentlich geschickt, als sie von vornherein die Formel ausgab: der Generalstreik ist ein kommunistisches Komplott. Das ist natürlich eine bewußte Unwahrheit, denn keineswegs ist die Mehrheit der Streikenden kommunistisch. Aber es ist gegenüber dem im Grunde stark konservativen englischen Volk, gegenüber den Kolonien und der ganzen Welt eine ähnlich wirksame Parole, wie seinerzeit im Kriege die von der Rettung des unschuldig überfallenen Belgiens von den deutschen Hunnen. Im Kampf „gegen den Kommunismus" ist die englische Regierung der moralischen Unterstützung von neun Zehnteln der westlichen Welt, und besonders Amerikas, von vornherein sicher. Zu gewinnen ist die englische Revolution daher wohl auch nur, wenn sie den von phantastischen Revolutionären erhofften Ausbruch der „Weltrevolution" nach sich zöge, womit trotz allen Gärungsstoffes schwerlich zu rechnen ist.

Das mutmaßliche Ende wird daher wohl das sein, was der „Daily Expreß" in der gestern von uns wiedergegebenen Aeußerung voraussagte: Die Revolution wird nach schweren materiellen Verlusten des Landes zusammenbrechen, und das „freie" England wird außerordentlich „reaktionär" werden. Da aber auch diese Reaktion die eigentliche Revolutionsursache, die Wirtschaftskrise, nicht überwinden und auch aus ideellen Gründen nicht dauern kann, ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß als Endergebnis ein faschistisches Regime ähnlich wie in Italien herauskommt. Denn das ist die bisher einzige Form, die Volksmassen, insbesondere die Arbeitermassen, nahezu geschlossen in den Dienst der nationalen Interessen, d. h. in den Selbsterhaltungskampf der Nation gegen die anderen Nationen einzureihen. Dr. H. Elze.

Hindenburgjubel in Hamburg.

Reichspräsident v. Hindenburg traf gestern mit seiner Begleitung gegen 1¾ Uhr in Hamburg ein. Geläut der Glocken des Petriturmes und brausender Jubel der Menge empfingen ihn. An der Seite des ersten Bürgermeisters Dr. Petersen schritt der Reichspräsident sofort nach Verlassen des Wagens die Front der zur Begrüßung aufgestellten Orpo-Abteilung ab und verweilte längere Zeit bei den auf seinen besonderen Wunsch in großer Zahl erschienenen Veteranen. Beim Eintritt in das Rathaus erneuerten sich die Kundgebungen, die ihren Höhepunkt erreichten, als der Reichspräsident hinaustrat, um für die Huldigungen der Hamburger Bevölkerung zu danken, worauf die Menge spontan das Deutschlandlied anstimmte.

Die Fahrt durch die Stadt ging zunächst elbaufwärts an den festlich geschmückten Dampfern der Hafendampfschiffahrtsgesellschaft vorbei, von denen aus mehrere tausend Fahrgäste dem Reichspräsidenten herzlichst zujubelten. Dann begab sich Hindenburg

an Bord des Hapagdampfers „Deutschland",

wo er vom Vorsitzenden des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie, Reichskanzler a. D. Cuno, empfangen wurde. Auf die Begrüßungsansprache erwiderte Hindenburg:

„Vielen herzlichen Dank für Ihre freundlichen Begrüßungsworte. Ich freue mich, dieses stolze Schiff betreten zu können, das den Namen unserer Heimat trägt. Ich sehe in ihm ein Vorbild deutscher Arbeit, der Arbeit, die uns wieder zu Ehren kommen läßt. Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf, der immer über die Weltmeere erschallen möge: Mit Gottes Hilfe unser deutsches Vaterland, Hurra!"

Beim Verlassen der Landungsbrücke St. Pauli wurden dem Reichspräsidenten von einer vieltausendköpfigen Menschenmenge stürmische Ovationen dargebracht, die sich auf der ganzen Fahrt fortsetzten. Die Nichte des Herrn Ersten Bürgermeisters, Anna Maria Petersen, überreichte dem Reichspräsidenten einen Blumenstrauß. Um 7 Uhr abends gab der Senat

im großen Festsaal des Rathauses

zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten ein Essen. In einer Ansprache betonte der Erste Bürgermeister Petersen den Dank Hamburgs an das Reich für die Hilfe beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, gab den Beschluß des Senats bekannt, eine Straße im schönsten Stadtviertel nach Hindenburg zu benennen und schloß mit dem Ruf:

„Der Herr Reichspräsident v. Hindenburg, der Ehrenbürger des deutschen Volkes, hoch!"

Hindenburg dankte mit einem Hoch auf die Hansestadt.

Im Verlaufe des Abends hatte sich eine nach vielen zehntausenden zählende Menge auf dem Rathausmarkt angesammelt. Der Reichspräsident erschien zweimal auf dem Balkon des Rathauses, und richtete unter lautloser Stille zur Einigkeit mahnende Worte an die Versammelten. Um 10 Uhr abends rückten

die Turn- und Sportvereine

an, um vom Rathausmarkt bis zum Dammtorbahnhof Spalier zu bilden.

Der Reichspräsident erschien nochmals auf dem Balkon des Rathauses. Bürgermeister Dr. Petersen brachte ein Hoch auf den Reichspräsidenten aus, in das die gewaltige Menge begeistert einstimmte. Hindenburg dankte sichtlich gerührt und begab sich von stetig sich erneuernden Zurufen begrüßt, im Kraftwagen in langsamer Fahrt zum Bahnhof.

Der Generalstreik in England.

Gestern vormittag spielten sich in London durch den Zustrom der zu Fuß, auf Rädern und Fahrzeugen aller Art ihrer Arbeitsstätte zustrebenden Angestellten unbeschreibliche Szenen auf den Straßen ab. Die Hauptverkehrsstraßen sind mit Fahrzeugen überfüllt, so daß nur ein sehr langsames Vorwärtskommen möglich ist. Die Eisenbahnen, Untergrundbahnen und Autobusse haben den Verkehr vollkommen eingestellt. Aus dem ganzen Lande wird die allgemeine Stillegung der lebenswichtigen Betriebe gemeldet. Insbesondere in Manchester und in Südwales ruht der Eisenbahn- und der Straßenbahnverkehr vollkommen.

Wo noch Verkehrsmittel in Betrieb sind, wird der Dienst von Freiwilligen geleistet. Die Zahl der Freiwilligen wächst ständig. Die Truppenmitteilzufuhr ist gesichert. Dank starker Truppenzusammenziehungen ist es bisher zu Unruhen kaum gekommen. Nur in einem Londoner Stadtteil wurden mehrere Autos überfallen und beschädigt, ein Auto wurde in den Fluß gestürzt. Der Schiffsverkehr von und nach England stockt nahezu vollständig.

Die Internationale

scheint bisher zu versagen. Zwar liegen von allen Seiten Sympathiekundgebungen der ausländischen Arbeiter vor, aber keine unmittelbaren Unterstützungszusagen. Nach Meldungen des holländischen „Het Volk" wird der holländische allgemeine sozialdemokratische Gewerkschaftsbund die Bewegung nicht unterstützen. Die französischen Bergarbeiter und die deutschen Bergarbeiterorganisationen beraten noch, ein Beweis, daß vorerst noch keine internationale Einigkeit mit den englischen Streikenden besteht. Daß die durch die englische Kohlenausfuhr während des Ruhrkampfes und durch das englische Kohlendumping mit englischen Regierungsgeldern schwer geschädigte deutsche Bergarbeiterschaft sich jetzt der Engländer wegen Opfer auferlegt, wäre auch wirklich geradezu Wahnsinn.

Preußisch-Oesterreichischer Schulvertrag.

Auf Grund eines zwischen Preußen und Oesterreich über die gegenseitige Durchführung der Schulpflicht der jeweils in dem anderen Staate wohnenden Staats- bzw. Bundesangehörigen abgeschlossenen Staatsvertrages, der schon in Kraft getreten ist, werden hinsichtlich des Besuches der Pflichtschulen jeder Art mitsamt den Begleiterscheinungen, Zahlung von Schulgeld, Bestrafung der Schulversäumnisse, Schulunterhaltung usw. die in Preußen sich aufhaltenden Oesterreicher den preußischen Staatsangehörigen und die in Oesterreich sich aufhaltenden Preußen den österreichischen Bundesbürgern gleichgestellt.

Fremdenschulgeld kann künftig von den österreichischen Eltern oder sonstigen gesetzlichen Vertretern der Kinder nur unter denselben Voraussetzungen erhoben werden wie in Oesterreich von den gesetzlichen Vertretern reichsdeutscher Kinder. Wegen des Besuchs der öffentlichen Berufs- und Fortbildungsschulen bleibt die weitere Regelung dem preußischen Handels- und Landwirtschaftsminister überlassen.

Jesuitenniederlassung in Frankfurt a. M.

Der deutsche Jesuitenorden hatte seither seine theologische Lehranstalt in Valkenberg (Holland), weil ihm bis vor wenigen Jahren das Niederlassungsrecht in Deutschland entzogen war. Dieses Jesuitenkolleg wird nun am 1. Juni aufgelöst und nach Frankfurt verlegt werden. Hier hat der Orden ein Anwesen des Bankiers von Grunslius erworben, das gegenwärtig für die Zwecke des Ordens umgebaut wird. Der Jesuitenorden wird auch die Ausbildung des Weltklerus der Diözese Limburg übernehmen, der seither in Fulda studierte. Mit der preußischen Staatsregierung sind Verhandlungen eingeleitet, um das Jesuitenkolleg als vollgültige katholisch-theologische Fakultät an die Frankfurter Universität anzugliedern. Unter diesen Umständen erscheint es fraglich, ob das bisher in Fulda bestehende katholische Seminar für die Dauer aufrechterhalten bleibt.

Zusammenbruch des Reichsbanners?

Die Stahlhelmpressestelle teilt mit:

„Wie aus einem aufgefundenen Befehl einer mitteldeutschen Reichsbannergruppe hervorgeht, die im ganzen 50 Ortsgruppen umfaßt, ist der Mitgliederbestand dieser Organisation auf etwa 50 Prozent zurückgegangen. Der unterzeichnete Führer schließt an diese Tatsache die ernste Mahnung an die Mitglieder, die Werbearbeit erneut aufzunehmen und in den Anstrengungen nicht zu ermüden.

Man fragt sich bei diesem örtlichen Fall, der durchaus als Symptom für die ganze Bewegung gewertet werden kann, wohin diese abwandernden Reichsbannerleute gegangen sind? Mögen auch einige unter ihnen sein, die überhaupt jedes Organisationsverhältnisses überdrüssig geworden sind, so deutet doch das dauernde Anwachsen des kommunistischen Roten-Frontschwänzer-Bundes mit Sicherheit darauf hin, daß sie sich der Moskaufront zugewandt haben."

Bodenreform und Heimstättengesetz.

In der gestrigen Reichstagssitzung entwickelte sich eine längere Bodenreformdebatte im Anschluß an den Bericht des Ausschusses für Wohnungswesen, der sich mit einem demokratischen Antrag auf baldige Vorlegung eines Bodenreformgesetzes beschäftigt hat.

Der Ausschuß ersucht in seinem Antrag die Regierung um schleunige Vorlegung eines Wohnungsheimstättengesetzes im Sinne des ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium. Der Entwurf dieses Beirats entspricht im wesentlichen den Forderungen der deutschen Bodenreformer.

In der Aussprache traten die Redner der Sozialdemokraten, der Demokraten, des Zentrums, der Kommunisten, Völkischen und der bayerischen Volkspartei für das verlangte Heimstättengesetz ein. Die Vertreter der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung erklärten sich für ein Wohnungsbauprogramm, aber gegen das Heimstättengesetz, da die Gemeinden auch ohnedem genügend Bauland erwerben könnten und da der Entwurf des Beirats zu weitgehende Eingriffe in das Eigentum und eine neue Zwangswirtschaft bringen würde. Man hat auch hierbei das Gefühl, als ob seit dem Volksbegehren auf Fürstenenteignung der Appetit auf Zwangsenteignungen besonders des Haus- und Grundbesitzes, zu sozialistischen Experimenten gestiegen sei.

Der Roman einer chinesischen Hofdame.

In einem Turiner Verlag ist ein Werk des bekannten Forschungsreisenden Arnoldo Cipolla erschienen, in dem er über die Ergebnisse eines Aufenthaltes in China und Japan berichtet. Eines der interessantesten Kapitel ist der Roman einer chinesischen Hofdame, der Prinzessin Dan. Sie ist in den letzten Jahrzehnten die interessanteste Frau am Hofe in Peking, war in ihrer frühen Jugend Ehrendame der Kaiserin-Mutter und ist jetzt die erste Person bei der jungen Kaiserin, der Gemahlin des letzten Chinesenkaisers Suan Tung. Arnoldo Cipolla gibt eine kurze Geschichte des letzten chinesischen Kaisers und erzählt:

Als am 31. Dezember 1911 Yuanschikai, nachdem er vor dem Throne des gestürzten Kaisers heiße Tränen vergossen hatte, erster Präsident der chinesischen Republik geworden war, sperrte man den Himmelssohn — er zählte gerade fünf Jahre — in einen goldenen Kerker. Sein Reich, einst fast einen Erdteil und 500 Millionen Menschen umfassend, bildeten von da an die mit gelben Majolikaziegeln bedachten Gebäude, die sich rings um vier im äußersten Norden des alten Kaiserpalastes in Peking gelegene Höfe erheben. Hier wohnt nun Suan Tung mit seinem Hofstaat seit mehr als 14 Jahren, hier hat er seine Kindheit, seine erste Jugend verbracht und hier wird er vielleicht seine ganze Lebenszeit in erzwungener Tatlosigkeit verbrauchen müssen. Die Republik versichert zwar, daß er den Palast verlassen könne, wenn es ihm beliebt, aber die Phrase ist diplomatische Heuchelei; die Hüter der Republik sorgen dafür, daß dem Jüngling solch ein Belieben nicht in den Sinn komme. Suan Tung ist seit etwa drei Jahren verheiratet. Seine Gattin, heute neunzehnjährig, scheint ein sehr resolutes Fräulein gewesen zu sein; nach irgendeiner alten Sitte mußte der junge Kaiser nach der Hochzeit zunächst seine Nebenfrau und erst am nächsten Tage seine eben angetraute Gattin besuchen; die kleine Kaiserin rächte die Zügsamkeit, mit der nach dem Umsturz aller anderen Gebräuche ihr Gatte gerade diesen befolgte, indem sie ihn für etliche Wochen aussperrte — bis der Kaiser ihr wenigstens relative Treue gelobte. Die Kaiserin studiert fleißig Englisch und hat ein junges amerikanisches Fräulein zur Lehrerin, die den Ruf hat, die graziöseste unter den weißen Damen Pekings zu sein.

Was nun die Prinzessin Dan betrifft, von der Cipolla besonders erzählt, so ist sie eine etwa vierzigjährige Frau mit Spuren großer Schönheit. Sie ist die einzige chinesische Frau, mit der man sich wie mit einer europäischen Dame unterhalten kann. Ihr Vater war chinesischer Botschafter in Paris, und sie ist auch die einzige Frau in China, für die französische Schneider arbeiten. Die Zentralrepublik hat ihr die Ehre erwiesen, sie zur Leiterin der offiziellen Fremdenempfänge zu machen.

Das Leben der Prinzessin ist ein Roman. Bei der verstorbenen Kaiserin-Witwe hatte sie in hoher Gunst gestanden. Die Prinzessin versichert, daß diese kluge und mächtige Herrscherin, der man in Europa öfters Messalina-Sitten nachsagte, unschuldig war wie eine Taube, daß man am Hofe ein wahrhaft mönchisches Leben führte, daß es um 8 Uhr abends zu Bett gehen hieß und um 5 Uhr morgens wieder alles auf den Beinen war. Doch dies nur nebenbei. Eines schlimmen Tages geriet Prinzessin Dan in den Verdacht, an dem Verschwinden von 200 000 Dollar aus dem Besitze der Kaiserin mitschuldig zu sein. Wenn sie ihre blühende Jugend nicht unter der dichten Lotosdecke im großen See des Sommerpalastes beenden wollte, mußte sie flüchten; als europäischer Marineoffizier verkleidet entkam sie. Damit begann eine traurige Periode ihres Lebens. Sie wurde die Gattin eines Mannes, der ihr Vater hätte sein können, lebte im Verborgenen und dennoch in steter Angst vor der Verfolgung der Kaiserin, bis diese die Entdeckung machte, daß ihre ehemalige Lieblingshofdame das unschuldige Opfer eines wider sie angezettelten Komplotts gewesen war.

Die Kaiserin gab ihr einen glänzenden Offizier, den General der Garde, Fürst Dan, zum Gemahl, und bis zum Tode der Kaiserin durfte sie diese nicht mehr verlassen. Die Prinzessin führt in Peking ein großes und prunkvolles Haus. Ihr Gatte, der in Frankreich studierte und den Marschall Joffre auf seiner Reise durch China geleitete, ist ein sympathischer und gastfreundlicher Herr, dem europäisches Wesen und europäische Bildung ebenso zusagen wie der Prinzessin. Diese aber ist, trotz allem, im Innersten durchaus Mongolin; ihre Seele bleibt dem Europäer unzugänglich. Die Wiederkehr des Kaiserturms und die neue Herrschaft der Mandschudynastie in China sind ihre höchsten Glaubensartikel.

Schuberts Socken.

In jener glücklichen Zeit des Zusammenlebens mit Schubert, Bauernfeld und anderen Künstlern in Wien, an die Schwind immer mit Sehnsucht zurückdachte, kam der Maler eines Tages zu dem Freunde Schubert, um mit ihm einen Ausflug zu machen. Der Komponist, der sich wie meist in Schlaftock und Pantoffeln befand, suchte beim Anziehen in allen Schubladen nach einem Paar Socken, die ganz wären. Als sein Bemühen vergeblich war, blickte er verzweifelt zu dem Freunde auf und sagte mit einem tiefen Seufzer: „Weißt du, Schwind, ich glaube beinahe, es werden überhaupt keine Socken ohne Löcher mehr gestrickt."

Tagungen der Sudetendeutschen im Auslande. Zu Pfingsten, am 23. und 24. Mai, halten die Landesverbände Deutschösterreichs und Bayerns des Sudetendeutschen Heimatbundes gemeinsam ihre Jahrestagungen in Passau ab. Gleichzeitig findet dort eine Konferenz sämtlicher im deutschen Sprachgebiete bestehenden sudetendeutschen Verbände statt, auf der in geschlossener Beratung u. a. auch sudetendeutsche Parlamentarier verschiedener Parteien und Vertreter der Auslandsgemeinschaft Berichte über die Lage in der alten Heimat und die Aufklärungsarbeit des Heimatsbundes erstatten werden. Zu der Tagung haben zahlreiche deutschösterreichische und reichsdeutsche Parlamentarier ihr Erscheinen zugesagt. Verbunden mit der Tagung wird die „Dritte Sudetendeutsche Ausstellung".

Uraufführung am Breslauer Stadttheater. Am Breslauer Stadttheater gelangte „Das Lied der Nacht", eine dramatische Ballade in drei Bildern von K. M. Levetzow, Musik von Hans Gal, zur Uraufführung. Die Oper erzielte einen außerordentlichen Erfolg, so daß bereits nach dem 2. Akt der anwesende Komponist mit den Hauptdarstellern den Beifall des Publikums entgegennehmen konnte.

Hochschulnachrichten.

Berlin. Der berühmte Kirchenhistoriker Exzellenz Universitätsprofessor D., Dr. jur. h. c., Dr. med. h. c., Dr. phil. Adolf von Harnack, Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek a. D., vollendet am 7. Mai das 75. Lebensjahr.

Leipzig. Als Privatdozent für Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaften habilitierte sich an der Universität Leipzig Dr. phil. Paul Kirn mit einer Schrift „Friedrich der Weise und die Kirche".

Münster. Der a. o. Professor für alttestamentliche Exegese und hebräische Philologie in der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Münster Lic theol. Johannes Hänel ist von der Greifswalder theologischen Fakultät zum Ehrendoktor ernannt worden. Hänel lehrte von 1913 bis 1925 in Greifswald.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260506012/fragment/page=0002